

AUSSPRACHE

Kritisches zum Kapitalbegriff von Karl Marx

Den Umstand, daß mein Aufsatz „Kritisches zum Kapitalbegriff von Karl Marx“ öfters abgedruckt wurde, betrachte ich als ein Zeichen dafür, daß mein Gedankengang unausgesprochen auch derjenige vieler anderer war. Daß er in kommunistischen Kreisen gehässige Ablehnung fand, ist in Ordnung. Weniger verständlich sind die Apostrophierungen aus industriellen Kreisen Österreichs. Eine ernsthafte Auseinandersetzung stellt bis jetzt nur die Entgegnung *Alfred Schappachers* in der Augustnummer der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ dar. So seriös diese Kritik geschrieben ist, so sehr glaube ich, daß sie sich in grundlegenden Irrtümern bewegt. Wenn ich Alfred Schappacher richtig verstehe, so ist es nach ihm ganz unmöglich, Marx einmal als Philosophen und einmal als Nationalökonom zu betrachten. Obwohl Marx seine nationalökonomischen Studien zur Unterbauung einer Gesamtschau getrieben hat, durch die er die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft aufdecken wollte, so ist doch nicht zu bestreiten, daß man die nationalökonomische Konzeption Marxens und damit die Mehrwert- und Profitlehre, wie er sie in den drei Bänden des „Kapitals“ entwickelt hat, auch losgelöst von der Gesamtschau des Marxschen Lehrgebäudes würdigen kann. Als *Karl Kautsky* „K. Marx' ökonomische Lehren“ schrieb, ist er wohl kaum anderer Meinung gewesen.

Nationalökonomisch gesehen, ist die Marxsche Mehrwert- und Kapitallehre die Weiterentwicklung klassischer, namentlich Smithscher und Ricaroscher Gedankengänge. „Nur lebendige Arbeit ist produktiv, Kapital ist nicht produktiv, und die Arbeit, das allein Produktive, erlangt nicht den Wert ihres Erzeugnisses — das sind die schneidend scharfen Gedankengänge Marxens.“ So hat es *Othmar Spann* in einem Vortrag über „Die Irrungen des Marxismus“ einmal in aller kürzester Form gebracht.

Mir ist es absolut unverständlich, wie mein Kritiker zu der Ansicht gelangen kann, es sei nicht angängig, „sich auch nur auf eine einzige ökonomische Lehre Marxens zu berufen, wenn man den philosophischen Marx ablehnt“. Die Arbeitswertlehre ist trotz ihres Einbaues in das Gesamtsystem der Marxschen Soziologie und Philosophie im Grunde eine typisch und spezifisch wirtschaftstheoretische Angelegenheit. Zeigen wir es an einem Beispiel: „Nicht der Wert (sagt Karl Kautsky), sondern der *Produktionspreis* (konstantes Kapital plus variables Kapital plus Durchschnittsprofit, er wird im dritten Band auch ‚wirklicher Wert‘ genannt. M.) bildet bei entwickelter kapitalisti-

scher Produktionsweise das Niveau, um das die Marktpreise unter dem Einfluß von Nachfrage und Angebot in Wellenlinien hin und her schwanken. Der Produktionspreis selbst aber schwebt nicht in der Luft, sondern er hat seine Grundlage im Wert.“ Dieser Ausspruch des neben *Walter Theimer* wohl besten Marx-Kenners tut richtigerweise dar, daß die Marxsche Wertlehre in ihrem Kerngehalt zumindest auch eine Lehre der Preisbestimmtheit ist. Als solche ist sie allerdings nicht vollkommen, aber insofern fundamental, als sie den „Arbeitswert“ (Wert der Arbeitskraft plus Wert der unbezahlten Arbeitsleistung) als die feste Grundlage des durch Nachfrage und Angebot erst definitiv zu fixierenden Marktpreises erkennt. M. E. kann die Preisbestimmtheit (*Emil Lederer* ist in dieser Richtung bahnbrechend gewesen) nur dann befriedigend erklärt werden, wenn man die Arbeitswertlehre mit einer Angebots- und Nachfrage-Theorie, z. B. mit der allerdings nicht minder umstrittenen Grenznutzenlehre — sei diese nun psychologisch oder nach *v. Mises* praxeologisch interpretiert — in Kombination setzt. Erst in der Verbindung mit den fundamentalen arbeitswerttheoretischen Gedankengängen werden grenznutzlerische Überlegungen, von denen *Wagemann* einmal gesagt hat, sie seien von einer lyrisch anmutenden Weltfremdheit, zur lesbaren Prosa und zur wissenschaftlich befriedigenden Erklärung.

Ich weiß schon, daß *Walter Theimer*, dessen „Marxismus“ ich als eines der allerwertvollsten und glänzendst geschriebenen Bücher der modernen Gesellschaftsliteratur werte, geschrieben hat, daß man über Werttheorien schwer debattieren könne, weil sie sämtlich auf philosophischen Voraussetzungen beruhen. Aber ich glaube nicht, daß Alfred Schappacher seine Ansicht auf diese Aussage stützen kann. Es ist (ohne daß wir deswegen den historischen Materialismus anerkennen müßten), z. B. einleuchtend, daß der sogenannte Kostpreis der Ware (Betrag des variablen und konstanten Kapitals, d. h. in letzter Aufgliederung eine Summe von Leistungswerten) ein fundamentaler Bestimmungsgrund des Preises in der dem Marxschen Modell zugrunde liegenden, noch nicht monopolisierten kapitalistischen Wirtschaft ist. Anerkennt man aber das Fundamentale der Produktionskosten, dann muß man immer noch die Differenz zwischen „Kostpreis“ und „Produktionspreis“ erklären, um zu jener Linie zu gelangen, um die herum Angebot und Nachfrage die Preise praktisch schaukeln; und gerade diese Erklärung ist in der Marxschen Theorie ein wirtschaftswissenschaftliches Prozedere mit Hilfe der Lehre von Mehrwert und Profit, das sich ohne jede Philosophie vollziehen läßt.

Ich habe in meinem Aufsatz die Ansicht vertreten, daß der Arbeiter auf Grund der

Möglichkeit der Rückeroberung von Mehrwertteilen in einer Wirtschaftsordnung mit vorwiegend aber keineswegs ausschließlich Privateigentum, wie wir sie nicht zuletzt in der Schweiz und in der Bundesrepublik vor uns haben, besser fährt als in einer freiheitstötenden Kollektivwirtschaft. Ich sagte ferner, daß man das dem Arbeiter an Hand derjenigen Terminologie erläutern soll, die ihm einigermaßen vertraut und „heimisch“ ist.

In der frühkapitalistischen Wirtschaft, deren Verhältnisse Marx seinen Ausführungen zugrunde legt, ist der Arbeiter bei regenerativ-existenzminimaler Entlohnung „wertgemäß“ aber zugleich ungerecht bezahlt.¹⁾ Durch die Erfolge der Gewerkschaften usw. gelingt es nun dem Arbeiter, eine überexistenzminimale Entlohnung zu erreichen. Der Mehrwert bleibt also seinen früheren Nutznießern (obwohl sie zufolge des Wachstums der Produktivität weder absolut noch relativ schlechter gestellt zu sein brauchen) nicht mehr voll erhalten. Der Arbeiter selber wird teilhafter Nutznießer dessen, was im arbeitswerttheoretischen Modell Marxens *ex doctrina* nicht ihm, sondern den Eignern der sachlichen Produktionsmittel zukommt. Und nun soll man deswegen nicht von einer „Rückeroberung von Mehrwertteilen durch die Arbeiter“ reden dürfen, weil sie der Marxschen Gesellschaftsauffassung einfach widerspricht? Da meinem Aufsatz eine ex-post-Betrachtung zugrunde liegt, es sich also nicht um eine Darstellung der Auffassungen Marxens handelt, sondern um eine Erkenntnis, die erst auf Grund nachmarxischer Erfahrungen gewonnen werden konnte, sticht diese Karte Alfred Schappachers wirklich nicht.

Mein Kritiker streicht mir ferner an, daß ich von Mehrwertderivaten spreche, also von Mehrwert-Abkömmlingen. Ich glaube fast, daß Marx den Ausdruck irgendwo selber gebraucht hat. Sollte ich irren, dann frage ich: Ist es so viel anders, wenn Kautsky von *Abzweigungen* des Profites (z. B. Zins) spricht, wo die gesamte Masse des vorhandenen Profites identisch ist mit der Masse des Mehrwertes, man also, ohne der Heiligen Schrift zu widersprechen, ebensogut oder vielleicht noch besser von Abzweigungen des Mehrwertes reden darf? Der Umstand, daß Marx den Profit auch einen „gewandelten“ oder „mystifizierten Mehrwert“ nennt, dürfte dieser Auffassung kaum etwas zu leide tun. —

Warum wir nur auf dem Fundament der Arbeitswert- und damit der Marxschen Mehrwert- und Kapitallehre das handwerklich-

1) Hier versteht man Theimer, wenn er sagt, daß die Marxsche Wirtschaftslehre eine Rationalisierung ethischer Auffassungen sei. Aber wahrscheinlich dürfte man nach Schappacher auch nicht von Wirtschaftslehre sprechen, denn für ihn gibt es ja offenbar nur eine Marxsche „Totaltheorie“.

kleinmittelständische Eigentum an Produktionsmitteln sachlicher Art als ganz und gar unkapitalistisch zu erklären vermögen, das habe ich vor vielen Jahren in meiner „Theorie des Mittelstandes“, soweit mir bekannt unwidersprochen, auseinandergesetzt. Und das hätte ich deswegen nicht tun sollen, „weil es im Marxschen System überhaupt keinen Ort für das Handwerk und das Kleingewerbe gibt“? Nun, jedenfalls in seinen Büchern gibt es diesen Ort, spricht doch Marx selber vom „kleinen Meister“ als einem (s. E. allerdings dem Untergang geweihten) Mittelding zwischen Kapitalist und Arbeiter. Es ist nicht einzusehen, warum es ein unerlaubtes Beginnen sein sollte, Phänomene der nachmarxschen Zeit auch dann mit Hilfe der Mehrwert- und Kapitaltheorie erklären zu wollen, wenn sie den Marxschen Prognosen nicht entsprechen. Es ist m. E. sehr zweckmäßig, gerade auf Grund der Mehrwertlehre darzutun, daß es zwei soziologisch ganz unterschiedliche Besitzer von sachlichen Produktionsmitteln gibt, nämlich „kapitalistische“, die diese Produktionsmittel gewinnorientiert zur systematischen Mehrwerterzeugung und Akkumulation verwenden, und „mittelständische“, die nahrungsorientiert, d. h. einzig zur Sicherung eines „standesgemäßen Einkommens“ einsetzen; wobei natürlich über die Grenzen eines „noch nicht kapitalistischen Einkommens“ in einer Zeit, da es auch handwerklich-gewerbliches Monopolstreben gibt, diskutiert werden kann. Wie anders als mit Hilfe der Marxschen Arbeitswertlehre soll man den Unterschied zwischen Arbeitseigentum (Arbeitsvermögen) und Kapital jedermann verständlich erläutern können? Da dienen weder Grenznutzenerwägungen noch die Kurven der Makroökonomie. Hätten sich die maßgeblichen Führer der Arbeiterbewegung des Vergehens rechtzeitig schuldig gemacht, dessen Schappacher mich zeihet, dann wäre Deutschland und der Welt die Hitlerei mutmaßlich erspart geblieben, weil dann der katastrophale Irrtum unterblieben wäre, den Besitz des vermeintlich dem Untergang geweihten produzierenden Mittelstandes zum großen Leidwesen dieses Standes bei politischen Auseinandersetzungen in den verfeimten allgemeinen Kapitaltopf zu werfen. Die Nichtanerkennung einer auch theoretisch wohl vertretbaren Eigenständigkeit des Mittelstandes von rechts und links hat den Mittelstand wie nichts anderes dem Abenteuer in die Arme getrieben. Dieser Auffassung haben übrigens prominente deutsche Wissenschaftler beigepflichtet.

„Vollends verblüfft“ gewesen sei er, meint Schappacher, durch meinen Ausspruch „Marx ist in den breiten Massen nur durch Marx zu schlagen“. Ich darf ihn versichern, daß meine Verblüffung über die Interpretation, die er

dieser meiner Aussage gibt, nicht geringer ist als die seine. Ich glaube, daß, wer meinen Ausspruch verstehen *will*, ihn auch verstehen *kann*. Auf Grund der Marxschen Lehre wird heute wie ehemals von Kommunisten (mit etwelcher Abweichung, bezüglich des „Sozialisierungsradius“ auch von Linkssozialisten vom Typus *Bevan*) behauptet, daß nur *ein* Weg zum Heil der Lohnarbeiterschaft führe, nämlich die Integralkollektivierung und Planung über die Etatisierungsvariante. Daß es aber den unselbständig Erwerbenden in den „kapitalistischen Ländern“ wesentlich besser geht als in den kommunistischen, ist heute eine namentlich auch in den westlichen Gewerkschaften unbestrittene Tatsache. Diese Tatsache habe ich, in auf Erfahrung gestützter Variierung der Marxschen mehrwert-theoretischen Gedankengänge, zu erläutern versucht, indem ich darlegte, daß die stets größer werdende Entfernung des Lohnes vom Existenzminimum und damit vom theoretischen Arbeitswert einer „Rückeroberung von Mehrwertteilen“ gleichzusetzen ist. Wenn nämlich in der reinen Theorie der Gesamtwert eines am Markt anfallenden Produktes in einen Wert- und Mehrwertteil gespalten wird und der *Wertteil* identisch ist mit dem physisch-regenerativen Existenzminimum, dann ist offenbar jede Anteilnahme der Lohnarbeiter an den Gütern dieser Welt, die über das Existenzminimum hinausgeht, eine Anteilnahme am *Mehrwert-Teil* des Gesamtwertes, d. h. (real gesehen) an denjenigen Produkten, die auf Grund des ursprünglichen mehrwert-theoretischen Modells das Ergebnis einer Kombination von konstantem Kapital mit *unbezahlter* Arbeit sind. Es liegt also ein Rückfluß von Mehrwertteilen vor, und ich könnte nicht verstehen, warum man diesem Rückfluß (angesichts der Verdienste namentlich der Gewerkschaftsbewegung um ihn) nicht „Rückeroberung“ sagen dürfte.

Das alles bedeutet nicht, daß in der Marxschen Lehre „ein nicht auffindbares Vakuum“ aufgedeckt werden sollte — es heißt nur, und das ist wichtig genug, daß ex post eine in der reinen Theorie nicht vorgesehene Entwicklung auf Grund der spezifischen Terminologie dieser Lehre erläutert und interpretiert worden ist. Ich glaube, daß das, angesichts des großen Wahrheitsgehaltes der Marxschen Arbeitswertlehre bis auf den heutigen Tag, auch dann erlaubt sein muß, wenn der Verfasser den historischen Materialismus Marxens (bei aller respektvollen Anerkennung der imponierenden Monumentalität des Gedankengebäudes) als eine höchst verhängnisvolle Lehre und — soweit er *heute*, nach so und soviel Erfahrungen und neuen Erkenntnissen weitergelehrt wird — auch als eine Krankheit betrachtet.

PROF. DR. FRITZ MARBACH

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

Die klare und unvoreingenommene Darstellung Prof. von Nell-Breunings über die Einkommensverteilung und Vermögensbildung bei Arbeitnehmern und Unternehmern verdient aufrichtige Anerkennung. Er stellt die Verteilungsvorgänge und ihre technische Problematik im Hinblick auf die funktionelle Gestaltung des Wirtschaftsgeschehens gleichermaßen zur Debatte wie ihre gegenwärtige Fragwürdigkeit im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit. Es wird dabei spürbar, daß wir den technischen Notwendigkeiten, die wir verstandesmäßig erkennen, ebensowenig entrinnen können wie dem ethischen Appell unseres Gewissens, für eine sozial gerechte Verteilung zu sorgen. Beide Bemühungen können nur zum Ziele führen, wenn sie in gegenseitiger Koordination sich dem gemeinsamen Ziel nähern. Für den Menschen, dem die ethische Maxime am nächsten steht, sei nun diese Ethik eine religiöse oder eine natürliche, ist der technische Ablauf erst das zweite. Für die Männer der Praxis, denen die Technik des wirtschaftspolitischen Geschehens nähersteht, ist die soziale Gerechtigkeit vielleicht auch ein wichtiges, aber eben doch ein nachgeordnetes Anliegen. Bei den hauptsächlich von der Ethik geprägten Politikern besteht die Gefahr, daß sie zu Gerechtigkeitsfanatikern werden und die nun einmal an die Realitäten gebundene Welt mit ihren Gesetzen nicht genügend beachten. Bei den Praktikern lauert eine andere Gefahr. Sie nehmen das Geschehen einfach als feststehende Wirklichkeit, die eben bezüglich der sozialen Gerechtigkeit das Höchstmaß des Erreichbaren darstelle, d. h. so sozial wie möglich ist. Man ist versucht, sich diese beiden Typen bei der Lektüre des Breuningschen Aufsatzes vorzustellen. Die technischen Notwendigkeiten des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft nach 1948 verlangten eine hohe Investitionsquote. Also mußte viel gespart werden. Die breiten Massen hatten aber einen großen aufgestauten Nachholbedarf an Konsumgütern. Bei ihnen war kaum Sparneigung, wohl aber aus mehreren Gründen verstärkte Konsumneigung zu erwarten. So überließ man eben aus „technischen“ Gründen und der „Einfachheit“ halber den Sparvorgang den Unternehmern. Sie hatten es leichter. Weder war es für sie psychologisch schwer, noch brauchte man dabei an der hergebrachten Verteilung viel zu ändern. Das Zwangssparen für andere vollzog sich. Allerdings nicht unmerklich, denn es ging über den Preis. Daß die Preise stiegen oder schon von Anfang an den Investitionsanteil, der dann von den Unternehmern „gespart“ wurde, enthielten, war kein geringes Ärgernis für die scharrenden Menschen. Gemerkt hat das jeder,

wenn auch mancher nur am Geldbeutel. Viele wußten nicht, was der Grund hierfür war.

Die einen wußten es nicht, weil sie diese Art der Selbstfinanzierung einfach nicht für möglich hielten. Andere wußten es nicht, weil sie der das Gegenteil behauptenden Propaganda erlagen. Der wirtschaftspolitische „Techniker“, der Mann der „nüchternen“ Betrachtung, wird sagen: gut, anders war es unter den damaligen Verhältnissen gar nicht zu machen. Derjenige, dem die soziale Gerechtigkeit mehr wert ist als der Perfektionismus des Laufenlassens, wird dies bezweifeln und die eingetretenen Folgen nicht übersehen können.

Das ganze Problem steuert auf die konkrete Frage hin: Ist der Arbeitnehmer bei entsprechender Höhe des Einkommens zum Sparen bereit? Prof. von Nell-Breuning erspart den Gewerkschaften den zumindest leise erhobenen Vorwurf nicht, daß sie die Zusammenhänge zwischen dem konsumierbaren Teil des Sozialproduktes und der nötigen Investitionsquote, also dem unverzehrbaren Teil, nicht genügend würdigen. Seiner Meinung nach habe es bis zur Stunde den Anschein, als ob die Gewerkschaften sich damit begnügen, den volkswirtschaftlichen Konsumfonds abzuschöpfen. Nun, so lange die Wirtschaftsordnung so beschaffen ist, daß der unverzehrbare Teil des Sozialproduktes automatisch einem ganz bestimmten Teil der Wirtschaftsgesellschaft, den Unternehmern und heute zum Teil dem Staat zuwächst, ist da nichts anderes zu machen. Jeder Hinweis der Gewerkschaften darauf, daß der Arbeiter auch sparen würde, wenn er es könnte, ist bis heute höchstens mit nachsichtiger Milde belächelt worden. Wie aber soll der Arbeitnehmer anders die Hürde des Eingeschlossen-seins in den Konsumfonds überwinden? Die Gewinnbeteiligungspläne werden von Nell-Breuning als kaum taugliche Lösungen gut charakterisiert. Die Versuche mit der Partnerschaft, dem Mitunternehmertum und ähnlichem, sind bis heute ebenfalls nicht mehr als tastende Versuche, die zusammengenommen höchstens *einen* Beitrag zur Lösung der Gesamtfrage abgeben können.

Die Notwendigkeit der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung ist für jede Wirtschaftsgesellschaft unabdingbar. Das unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Es hat mit der Wirtschaftsordnung gar nichts zu tun. Je nach der Ordnung aber werden verschiedene Gruppen oder Teile der Gesellschaft dieses Kapital aufbringen, d. h. es wird ihnen als Vermögen zuwachsen. In diesem unserem Falle hält ein wirklich eisernes Lohngesetz den Arbeiter von der Investitionssphäre fern. Damit sind wir wieder bei der Frage, ob der Arbeitnehmer sparen würde, wenn er könnte. Die Frage zu verneinen wäre bestimmt so unbeweisbar wie eine absolute und vorurteilslose Bejahung. Ich persönlich stehe nach all meinen diesbezüglichen Beobach-

tungen auf dem Standpunkt, daß der Arbeitnehmer, was die echte Spartugend anbelangt, von keiner anderen Gesellschaftsschicht übertroffen wird. Mit dem Sparen ist es wie mit einem Opfer. Wer bei einem Opfer nicht entsagt oder keinen Verzicht leistet, vollbringt auch kein Opfer. Das Wort, daß man von den Reichen das Sparen lernen könnte, ist sowenig stichhaltig wie andere derartige Weisheiten. Ich habe gerade über diese Frage einmal eine Diskussion bei einer Studentenverbindung geführt. Da fiel zuerst alles über mich her und brachte „Beweise“ und Beobachtungen aus der Nachbarschaft und dem Alltag. Das hatte ich alles auch beobachtet. Es fing an bei dem Eisessen des armen Kindes und hörte etwa auf beim „unnötigen“ Motorradkauf des Jungarbeiters. Eine kleine Lüftung des pharisäischen Schleiers der Sattheit und Selbstgerechtigkeit genügte, um die Anklagen verstummen zu lassen. Zuletzt war man sehr kleinlaut und gab zu, daß man sich noch nicht der Bemühung unterzogen hatte, sich einmal über die Gleichgültigkeit gegenüber dem sowieso ewig leeren Geldbeutel oder über das verzicht- und entsagungsreiche Zwecksparen als dem „Luxus“ des „kleinen Mannes“ Gedanken zu machen.

Warum sparen die Leute nicht? Diese Frage ist genau so töricht wie jene berühmt gewordene aus der Geschichte: „Wenn die Leute kein Brot haben, warum essen sie dann keinen Kuchen?“ Ich bin durchaus der Meinung, daß die Gewerkschaften der strukturpolitischen Aufgabe, die volkswirtschaftliche Lohnquote zu Lasten der anderen funktionellen Einkommenszweige zu erhöhen, ihr vollstes Augenmerk zuwenden. Das tun sie übrigens schon heute. Ich habe die gleichen Gedanken in einer ganzen Reihe von Vorträgen im vergangenen Winter vielen Kollegen vorgetragen und habe größtes Interesse und breitetes Echo gefunden. Der schaffende Mensch will wissen, woran er ist, und die Klarheit seines Wollens ist die beste Gewähr dafür, daß er den Ast nicht absägt, auf dem er sitzt. Die Gewerkschaften werden also zwei Dinge betreiben müssen: Einmal die Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Vermögenszuwachs durch Investitionen, also Ausdehnung der Lohnquote in die Investitionsquote hinein, und zum anderen eine gerechtere Aufteilung der bisherigen Lohnquote zwischen Selbständigen und Arbeitnehmern. Wir müssen das eine tun und dürfen das andere nicht lassen. Wir müssen den technischen Gegebenheiten des wirtschaftlichen Lebens Rechnung tragen und dürfen die soziale Gerechtigkeit nicht aus dem Auge verlieren. In diesem Sinne bejahen wir das Ziel: Der deutsche Arbeitnehmer soll gemäß seiner Persönlichkeit Gelegenheit erhalten, die volkswirtschaftliche Kapitalbildung entscheidend mitzugestalten und damit auch für eine entsprechend breit gelagerte Vermögensbildung zu sorgen. DR. FELIX WALDRAFF